

Antrag Nr. 05-F-01-0063

SPD-Fraktion

Betreff:

Radarüberwachung in Wiesbaden
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 13.07.2005 -

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- wie viele Verwarnungsgelder, Bußgeldbescheide und Strafanzeigen wegen überhöhter Geschwindigkeit in den Zeitraum fallen, in dem es zu fraglichen Messergebnissen durch falsche Handhabung der Messgeräte kommen konnte;
- wie viele Widerspruchsverfahren wegen vermuteter Falschmessungen zur Zeit anhängig sind und wie viele für die nächste Zeit erwartet werden;
- ob das Amt für Verkehrsüberwachung und Gefahrenabwehr für Geschwindigkeitskontrollen eigens geschultes Personal einsetzt oder ob diese Kontrollen beispielsweise auch durch Hilfspolizisten durchgeführt werden;
- wie der derzeitige Ausbildungsstand des bei Geschwindigkeitskontrollen eingesetzten Personals ist;
- wie sichergestellt werden soll, dass die Kontrollen in Zukunft ordnungsgemäß durchgeführt werden.

Begründung:

Wiesbaden, 13.07.2005

F.d.R.

Axel Imholz, Fraktionsgeschäftsführer